



Annelie Buntenbach
Geschäftsführender Bundesvorstand des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

Bundesdelegiertenkonferenz
Bündnis90/DIE GRÜNEN

Hannover, 17. November 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

ich finde, es ist ein gutes Zeichen, dass Ihr auf dieser BDK die Sozialpolitik so prominent ins Zentrum stellt. Darüber freue ich mich.

Sozialpolitik ist weder besonders romantisch, noch rückwärtsgewandtes Klein-Klein oder Gesetzesmechanik. Sozialpolitik ist ein zentraler Hebel für mehr Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft. Jetzt, und in der Zukunft.

Und mehr Gerechtigkeit ist bitter nötig:

- in einem Land, das zu den reichsten Ländern der Erde gehört und wo trotzdem die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht;
- in einem Land, wo die Spaltung der Gesellschaft zunimmt – die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die Arbeit suchen.
- Eine Spaltung, durch die auch in den Betrieben die Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Wenn immer mehr in Leiharbeitsverhältnisse, Minijobs, Scheinselbständigkeit und in miserable Bezahlung abgedrängt werden, drückt das insgesamt auf die Löhne, und soziale Absicherungen werden ausgehebelt.

Diese doppelt- und dreifache Spaltung wollen wir überwinden, denn uns geht es um eine Gesellschaft, an der alle auf Augenhöhe teilhaben können. Davon sind wir im Moment leider meilenweit entfernt.

Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es nicht die eine Stellschraube, an der man drehen kann, sondern dafür muss man an einer ganzen Reihe von Punkten gleichzeitig ansetzen. Nötig ist für einen solchen gesellschaftlichen Anspruch ein breiter Ansatz – und der Ansatz, den Ihr heute diskutiert, ist eine gute Grundlage.

Für einen solchen Anspruch – eine Gesellschaft, an der alle auf Augenhöhe teilhaben – sind aber auch klare Botschaften und klare Ansagen nötig, welche Reformen nach der Bundestagswahl auf den Weg gebracht werden.

Die erste Botschaft: Kinder müssen aus der Armut geholt werden.

Die Zukunft unserer Kinder – ein Thema, das ganz oben in den Charts der Sonntagsreden rangiert. Ja, Kinderarmut ist ein Skandal, und zwar schon lange. Der politische Skandal ist, dass sich praktisch nichts ändert, dass es bei den Sonntagsreden bleibt. Kinder und Jugendliche brauchen eine echte und gleiche Chance auf Entwicklung, auf Bildung und auf Teilhabe.

Davon wird ein großer Teil von vornherein ausgegrenzt – jedes sechste Kind wächst in Armut auf. Es muss schnell gehandelt werden: Statt eines Bildungspakets à la von der Leyen, das bei den Kinder gar nicht erst ankommt, brauchen wir Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur, vor allem zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – gerade für Alleinerziehende.

Und hier geht es als allererstes um die zielgenaue Unterstützung von Kindern aus armen Familien – die brauchen endlich bessere Chancen, wenn Armut und Ausgrenzung nicht vererbbar sein sollen!

Kinderbetreuung für Alle statt Betreuungsgeld, das ist eine klare Botschaft – und die Ansage muss sein: Das erste, was nach der Wahl abgeschafft wird, ist diese elende Herdprämie! Warum soll die Arztgattin am Starnberger See ein Betreuungsgeld bekommen – und die Hartz IV-Bezieherin findet keinen Job, weil es kein Geld für einen Kita-Platz gibt?

Das Betreuungsgeld fördert vor allem eines: Die gesellschaftliche Spaltung. Und deshalb muss das Betreuungsgeld weg. Stattdessen Investitionen in die Kinderbetreuung und in die Bildung für alle – und zwar gerecht finanziert, auch von den Herrschaften vom Starnberger See.

Anrede

der grüne Weg über die Institutionen ist richtig, denn es ist der Gegenentwurf zu denen, die die Privatisierung des Sozialstaates forcieren wollen und damit nur Klientelinteressen bedienen.

Gute Kitas und gute Schulen kommen allen Kindern zugute – vor allem denen, die Unterstützung nötig haben. Hier gilt: Das Eine tun – und das Andere nicht lassen.

Ja, wir brauchen Investitionen in die soziale Infrastruktur – aber wir brauchen genauso dringend ausreichende Transfers, einen Regelsatz, der vor Armut schützt. Und auch das muss finanzierbar sein in einem der reichsten Länder dieser Erde.

Der Regelsatz muss erhöht werden – auch diese Botschaft ist ein Muss. Die Priorität muss aber sein, den Familien, den Kindern Hartz IV zu ersparen. Denn Kinderarmut ist Elternarmut. Und Elternarmut ist das Ergebnis von schlechten Chancen am Arbeitsmarkt und oft wirklich unwürdig niedrigen Löhnen.

Natürlich dürfen Kinder nicht auch noch ein zusätzliches Armutsrisiko sein. Deshalb müssen auch die „vorgelagerten Sozialsysteme“ ausgebaut werden, damit Familien nicht wegen der Kinder in Hartz IV abrutschen – da sitzt der Teufel dann im Detail.

Aber letztlich entscheidend ist, dass die Eltern Arbeit finden, Arbeit und Familie vereinbaren können und für ihre Arbeit anständig bezahlt werden. Das ist nicht nur eine Frage von Anstand und Gerechtigkeit, sondern eine zentrale Frage, wie und wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt.

Deutschland hat den größten Niedriglohnbereich in ganz Europa. Jeder Vierte muss zu Niedriglöhnen arbeiten. Und auch hier haben wir eine klare Botschaft:

Deutschland braucht den Mindestlohn – flächendeckend und nicht unter 8,50 Euro. Das ist die unterste Grenze, unter der nichts mehr gehen darf. Dieser Mindestlohn gehört sofort nach der Bundestagswahl ins Gesetzblatt!

Und es ist gut, dass sich Bündnis90/DIE GRÜNEN klipp und klar zum gesetzlichen Mindestlohn bekennen – und dazu, dass einfacher werden muss, darüberliegende Mindestlöhne für unterschiedliche Branchen zu vereinbaren – das gehört dazu!

Aber auch hier gilt: Das Eine tun und das Andere nicht lassen. Denn mit dem Mindestlohn allein ist es nicht getan.

Wir wollen – und wir brauchen – eine Neue Ordnung der Arbeit. Gute Arbeit, die gut bezahlt wird, die nicht krank macht und die Perspektiven bietet. Das heißt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – gerade in der Leiharbeit. Das heißt: Schluss mit sachgrundlosen Befristungen. Und das heißt: Schluss mit der Zersplitterung von Arbeitsplätzen.

Wir wollen eine Reform der Minijobs – und ich setze darauf, dass die Grünen auch hier an der Seite des DGB stehen. Diese Kleinstarbeitsverhältnisse sind – da braucht man nur die Betriebsrätinnen bei Netto oder sonst wo im Handel, in der Gebäudereinigung oder der Gastronomie zu fragen – Mittel der Lohndrückerei und gerade für Frauen eine Armutsfalle. Hier muss in der nächsten Legislatur dringend etwas geschehen.

Wir haben als DGB ein Modell zur Reform der Minijobs entwickelt, und ich hoffe, dass wir das zusammen umsetzen können.

Ich glaube, in der Frage hat sich der Mainstream inzwischen gedreht, wir können diese Auseinandersetzung gemeinsam mit der Unterstützung aus Betrieben, Wissenschaft und Verbänden gewinnen. Sieben Millionen solcher Splitterarbeitsverhältnisse sind einfach definitiv zu viel!

Eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt – für den DGB ein zentrales Thema. Dabei geht es vor allem um die Perspektiven für die Jungen und für Frauen. Wenn die Gewerkschaften „Gute Arbeit“ fordern, heißt das nicht nur Armutsbekämpfung: Es geht – gerade für die Jungen – um Perspektiven, um Selbstverwirklichung, um Sicherheit und Unabhängigkeit.

Anrede

Gute Arbeit – das ist auch die Voraussetzung für ein Alter in Würde. Und auch an dieser Stelle, bei der Rente, ist eine klare Botschaft nötig: Die Rente ist mehr als nur Schutz vor Armut.

Ja, es droht uns eine Welle von Altersarmut. Und die Ursachen sind lange bekannt: Es ist die Un-Ordnung, die Prekarisierung und der Niedriglohnsektor am Arbeitsmarkt. Es ist aber genauso das sinkende Rentenniveau.

Ich erwarte, dass die nächste Bundesregierung diese Ursachen nicht nur benennt – so wie es Frau von der Leyen macht, sondern auch angeht. Und dabei sollten wir den Blick nach vorne richten – und nicht nach hinten.

Wir wissen alle, dass sich die Zeiten geändert haben. Erstens steht die Rentenversicherung deutlich besser da als vor zehn Jahren. Und zweitens hat spätestens der Crash am Finanzmarkt klar gezeigt: die Kapitalmärkte sind keine Alternative für eine sichere Altersvorsorge.

Was sich nicht geändert hat, ist die demografische Entwicklung – die kann ebenso wenig wegreformieren wie die Kosten und Belastungen. Was aber gar nicht geht, ist: die Alterssicherung auf Armutsvermeidung zu reduzieren. Die Rente nach Mindesteinkommen oder die grüne Garantierente müssen schnell her, um diejenigen Altersarmut zu schützen, die seit Jahren schon in den Niedriglohnsektor abgedrängt worden sind.

Doch das kann nicht alles sein. Denn Altersarmut wird in Zukunft nicht nur einzelne Gruppen mit besonders hohen Risiken treffen, sondern sie wird auch vielen Durchschnittsverdiener/innen drohen. Bei einem Einkommen von 2.000 muss man, wahrscheinlich eher Frau, künftig 43 Jahre durchgehend arbeiten, nur um einen Euro mehr als Grundsicherung zu bekommen.

Und damit sind wir bei zwei entscheidenden Punkten:
Das eine ist das Rentenniveau und das andere die Rente mit 67.

Bislang galt ein Satz für sakrosankt – nicht nur, aber auch bei den meisten Grünen:
Die Senkung des Rentenniveaus muss sein, damit der Rentenbeitrag bis zum Jahr 2030 nicht über 22 Prozent steigt.

Wir haben ein Rentenmodell vorgelegt, das diesen Glaubenssatz widerlegt.
Das Rentenniveau ist auch für künftige Generationen – und das ist die gute Nachricht – auf dem heutigen Stand finanzierbar – ohne dass die 22 Prozent-Grenze überschritten werden muss.

Schaut Euch das genau an: Die Senkung des Rentenniveaus ist nicht alternativlos – im Gegenteil. Mit einer Demografie-Reserve lässt sich die Rente auch für die Jüngeren finanzieren. Und auch dafür brauchen wir nach der Bundestagswahl einen klaren Schnitt:

Die Beitragssatzsenkung von Schwarz-Gelb auf 18,9 Prozent widerspricht allen Herausforderungen der demografischen Entwicklung. Damit schmelzen die Reserven wie Eis in der Sonne, und schon bald steht eine krasse Beitragserhöhung ins Haus. Und die Renten stürzen trotzdem weiter ab. Das darf so nicht kommen, das Rentenniveau darf nicht noch weiter sinken!

Zur Rente mit 67 – Ihr kennt die gewerkschaftliche Position, deshalb hier nur vier Sätze:

Erstens: Auch die Gewerkschaften arbeiten daran, dass die Beschäftigten die Chance bekommen, länger gesund in Lohn und Brot zu bleiben.

Zweitens: Nur ein Viertel der über 60-Jährigen ist in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, bei den 63- und 64-Jährigen sind es elf Prozent.

Drittens: Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass es überhaupt bis 65 klappt – und setzen wir die Rente mit 67 zumindest bis dahin aus. Wer viel stärker in die Verantwortung genommen werden muss, sind die Arbeitgeber: Nur jeder sechste Betrieb tut überhaupt was für alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, das ist viel zu wenig!

Viertens: Für die Rentenfinanzen wird die Rente mit 67 ohnehin erst ab 2020 interessant – nach unserem Modell steigt die Reserve sogar noch bis 2025 – ohne die Rente mit 67.

Es ist also – noch! – genug Zeit, um die Voraussetzungen zu schaffen und nachzuholen, was diese Regierung versäumt. Das wäre ein klares, ein nachvollziehbares und richtiges Signal.

Wenn wir die Spaltung der Gesellschaft überwinden wollen, müssen wir effektiver Armut vermeiden, aber wir müssen mehr tun als Armutsvermeidung. Also auch hier: Das Eine tun, aber das Andere nicht lassen.

Wir wollen in die Offensive, wir wollen den Sozialstaat weiterentwickeln. Was wir definitiv nicht wollen, ist der Weg in den Sozialhilfestaat à la FDP, wo es nicht mehr um Freiheit der Einzelnen geht, sondern am Ende nur noch um staatliche Abhängigkeiten – Bedürftigkeitsprüfung inklusive.

Deshalb wollen wir die Sozialversicherungen fit machen für die Zukunft.

In der Alterssicherung heißt das Stichwort: Erwerbstätigenversicherung. Und in der Kranken- und Pflegeversicherung wollen wir die Bürgerversicherung.

Dazu gehören paritätische Beiträge der Arbeitgeber – und eben keine Kopfpauschalen.

Der Grundsatz muss sein: Alle zahlen ein – und zwar nicht nur Beiträge auf Löhne und Gehälter, sondern auch auf Kapitalerträge und Vermögensgewinne.

Ich glaube, dass wir hier, aber nicht nur hier, mehr Mut bei der Umverteilung brauchen, denn soviel privaten Reichtum kann sich kein Sozialstaat leisten.

Die Solidarität breiter zu organisieren, das ist die Zukunft – nicht nur für eine langfristig stabile Finanzierung, sondern auch für mehr Gerechtigkeit und die Überwindung der Zweiklassen-Medizin – eben auch ein Beitrag gegen die gesellschaftliche Spaltung.

Das ist unser Anspruch – nicht nur zur Bundestagswahl.

Vielen Dank.